



Věra Jourová äußert sich zu Hassreden und Gegenmaßnahmen. © European Union, 2023

EU-Kommission begrüßt Empfehlungen zur Bekämpfung von Hass in der Gesellschaft

In den letzten Monaten und Jahren haben Hassreden und Hassverbrechen in der gesamten EU deutlich zugenommen, sowohl online als auch offline. Hassmotivierte Straftaten und Äußerungen sind nach EU-Recht seit 2008 illegal. Alle Formen des Hasses und der Intoleranz sind unvereinbar mit den Werten der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte, die im Vertrag über die Europäische Union verankert sind.

Kein Platz für Hass

Im Dezember 2023 hatte die Europäische Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Kein Platz für Hass“ und eine Vielzahl von Maßnahmen in Bereichen wie Sicherheit, Digitaltechnik, Bildung, Kultur und Sport veröffentlicht. In der Mitteilung wird insbesondere die Schaffung eines

gesamteuropäischen Dialogs gefordert, in dem Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten EU erörtern, wie wir von Hass und Spaltung zu gemeinsamen europäischen Werten der Gleichheit, der Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde finden.

Vorschläge gegen Hass

Am 21.05.2024 hat ein neues Europäisches Bürgerforum 21 Empfehlungen an die Europäische Kommission gerichtet, die darauf abzielen, Hass in all seinen Formen zu bekämpfen und den gegenseitigen Respekt zu fördern. In den Empfehlungen wird die Kommission aufgefordert, sich insbesondere auf folgende Punkte zu konzentrieren:

- Sensibilisierung für Hass und bestehende Maßnahmen zu

dessen Bekämpfung durch eine öffentliche Kampagne

- Schaffung einer EU-weiten Plattform, die Informationen, Ressourcen, Maßnahmen und Support-Systeme zum Thema Hass bietet
- Toleranztraining
- Stärkung der sozialen und emotionalen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen, um Hass zu verhindern
- Bildung für jede Generation und jede Nation in gewaltfreier Kommunikation
- Überprüfung und Klärung der Finanzierung von Informationen
- Anonymität im Internet bekämpfen
- Kriminalisierung von Hassreden
- Schutz in sozialen Medien vor Hassreden
- Förderung vielfältiger Perspektiven in den sozialen Medien
- Hilfe bei der Rückbesinnung auf den Sinn des Lebens
- Einsetzung eines unabhängigen Vertrauensausschusses
- Bekämpfung der sozialen Ungleichheit zur Bekämpfung von Hass in der EU
- Nationale Stellen zur Bekämpfung von Hass in den Mitgliedstaaten
- Europäisches Protokoll für eine wirksame Reaktion auf Meldungen von Hassverbrechen
- Verbreitung einer Debattenkultur in Schulen, inspiriert durch Bürgerforen

Mehr Respekt für mehr Demokratie

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Werte und Transparenz, sagte dazu:

„Wir erleben einen immer größeren Strom von Hassbotschaften, vor allem im Internet. Sie tragen zu einer zunehmenden Polarisierung unserer Gesellschaften bei und schwächen die Demokratie. Im schlimmsten Fall können gewalttätige Worte zu gewalttätigen Handlungen

führen. Ich begrüße, dass die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Europäischen Bürgerforums die Risiken von Hassreden erkannt und klare und ehrgeizige Empfehlungen zur Bekämpfung von Hassreden ausgesprochen haben.“

Als eines der wichtigsten Ergebnisse der Zukunfts-Konferenz und zur Unterstützung der von Ursula von der Leyen ausgelobten Priorität einer zukunftsfähigen europäischen Demokratie wurden das Europäische Bürgerforum und Online-Bürgerbeteiligungsinstrumente als Merkmale des demokratischen Lebens in der EU geschaffen.

Aus der EU für die EU

Das Europäische Bürgerforum arbeitet in kleinen Gruppen von 10 bis 15 Personen und in Plenarsitzungen zusammen. Ein Quotensystem sorgt für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis und legt fest, dass ein Drittel junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren sein müssen. Ein Moderationsteam bietet Unterstützung und ein Expertenausschuss liefert zusätzlichen Input. Auf der Grundlage der Diskussionen geben die Bürgerinnen und Bürger ihre Empfehlungen ab, die die Europäische Kommission bei der Festlegung von Maßnahmen und Initiativen berücksichtigen soll.

Wer möchte, kann sich [hier](#) an der noch laufenden Online-Debatte „Hass in der Gesellschaft“ beteiligen.

Dieser Beitrag beruht auf einer Pressemitteilung der EU.